Niederschrift

über die 10. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 28.06.2011 um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Ingrid Bartholomäus	
Christof Bleichert	
Ursula Brand	
Dietmar Busch	
Petra Ebbinghaus	
Rolf Ebbinghaus	
Horst Enneper	
Karl-Heinz Fischer	
Detlef Graß	
Margot Grüterich	
Klaus Haselhoff	
Bernd-Eric Hoffmann	
Olaf Jung	bis 16.30 Uhr
Claus Kanter	
Thomas Klee	
Ralf-Udo Krapp	
Thomas Lorenz	
Dietrich Lunderstädt	
Dr. Axel Michalides	
Arnold Müller	
Heide Nahrgang	
Werner Nowara	
Annette Pizzato	
Sabine Plasberg-Keidel	
Dr. Jörg Rieger	
Rainer Röhlig	
Tobias Ronsdorf	
Rolf Schäfer	
Christoph Schlüter	
Sebastian Schlüter	
Axel Schröder	
Rolf Schulte	
Dietmar Stark	ab 16.10 Uhr
Klaus Steinmüller	
Michael Tissarek	
Peter Fritz Sebastian Ullmann	
Annette Verhees	
Christian Viebach	
Alexander Vogt	
Gudrun Weber	
Harald Weiss	

von der Verwaltung

Ute Butz	
Julia Gottlieb	
Rainer Meskendahl	
Frank Nipken	
Regine Schmidt	
Burkhard Klein	zu TOP 19

Schriftführerin

Vanessa Jager

Gäste

Dr. Jürgen Kaack	zu TOP 2

es fehlt:

Ratsmitglieder

Rosemarie Kötter
Gerd Uellenberg
Dr. Jörg Weber

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

6.	Niederschrift über die 8. und 9. Sitzung des Rates der Stadt (öffentlicher Teil)	
7.	Informationen des Bürgermeisters	
8.	Einwohnerfragestunde	
9.	Einstellung der Aktivitäten des Integrationsrates (Antrag der pro NRW Fraktion vom 07.04.2011)	AN/0030/2011
10.	Verzicht auf Plakatierungshilfen durch den Betriebshof (Antrag der pro NRW Fraktion vom 07.04.2011)	AN/0031/2011
11.	Errichtung einer BMX-Anlage am Oberm Kümpel (Antrag der Fraktion pro NRW vom 12.04.2011)	AN/0033/2011
12.	Verbot der Ganzkörperverschleierung der öffentlich Bediensteten der Stadt Radevormwald (Antrag der Fraktion pro NRW vom 02.05.2011)	AN/0034/2011
13.	Elektrosmog durch Mobilfunksendeanlagen in Radevormwald (Antrag der AL-Fraktion vom 25.05.2011)	AN/0035/2011
14.	Ratsinformationssystem (Antrag der AL Fraktion vom 13.06.2011)	AN/0039/2011

15.	Resolution zur Aufhebung der Verpflichtung zur Dichtigkeitsprüfung privater Abwasseranlagen (Antrag der AL Fraktion vom 15.06.2011)	AN/0041/2011
16.	Auch kleine Städte müssen sich für große Werte einsetzen: Radevormwald wird Stadt für das Leben (Antrag von Herrn Ullmann vom 15.06.2011)	AN/0040/2011
17.	Einführung eines Schülertickets	BV/0224/2011
18.	Zusammenlegung der GGS Bergerhof und GGS Wupper zur Verbundschule GGS Bergerhof-Wupper	BV/0223/2011
19.	Neufassung der Friedhofssatzung	BV/0217/2011
20.	1. Änderung der Friedhofsgebührensatzung	BV/0215/2011/1
21.	Wiederbesetzung der Beigeordnetenstelle	BV/0227/2011
22.	Maßnahmen gegen rechtsextremistische Aktivitäten	IV/0142/2011
23.	Besetzung von Ausschüssen	BV/0229/2011
24.	Über- u. außerplanmäßige Ausgaben	IV/0147/2011
25.	Mitteilungen und Fragen	AF/0002/2011

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Aufgrund terminlicher Gründe des anwesenden Referenten Dr. Jürgen Kaack beginnt die heutige Ratssitzung mit dem nichtöffentlichen Teil.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung beantragt Herr Ebbinghaus, dass die Tagesordnungspunkte 17 und 18 zur Vorberatung in den Schulausschuss verwiesen werden.

Herr Lorenz erklärt dazu, dass der TOP 17 nicht in dem Fachausschuss vorberaten werden kann, da dies aus zeitlichen Gründen nicht möglich ist. Der TOP 18 wurde eingehend im Schulausschuss vorberaten.

Frau Butz teilt erläuternd mit, dass der TOP 17 im Schulausschuss zur Vorberatung war. Lediglich der Vertrag war aus den angesprochenen Zeitgründen nicht im Schulausschuss.

Die Abstimmung über den Antrag von Herrn Ebbinghaus ergibt folgendes Ergebnis:

Abstimmungsergebnis:	3 Ja-Stimmen	(3 AL)
	34 Nein-Stimmen	(14 CDU, 8 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 1 Bürgermeister)
	4 Enthaltungen	(1 UWG, 2 pro NRW, 1 fraktionslos)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Herr Müller beantragt, dass der TOP 15 von der Tagesordnung genommen wird, da bereits im Bauausschuss mit der Verwaltung vereinbart wurde, diesen bis zum Erlass der entsprechenden Rechtsverordnung zurückzustellen.

Herr Ebbinghaus wirft ein, dass es sich hierbei um eine Ratsresolution handelt, die dem Bauauschuss freundlicherweise vorgelegt wurde.

Die Abstimmung über den Antrag von Herrn Müller ergibt folgendes Ergebnis:

Abstimmungsergebnis:	19 Ja-Stimmen	(8 SPD, 6 FDP, 4 UWG, 1 Bürgermeister)
	22 Nein-Stimmen	(14 CDU, 2 UWG, 3 AL, 2 pro NRW, 1 fraktionslos)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Abschließend beantragt Herr Schröder, den TOP 13 in den nichtöffentlichen Teil zu verschieben, da dieser TOP ausschließlich das Rathaus betrifft.

Der Bürgermeister weist den Antrag mit der Begründung zurück, dass Ratssitzungen nach den Bestimmungen der GO grundsätzlich öffentlich stattfinden müssen.

(Öffentlicher Teil)

6. Niederschrift über die 8. und 9. Sitzung des Rates der Stadt (öffentlicher Teil)

Herr Ullmann verweist auf den TOP 9 der Niederschrift zur 8. Sitzung des Rates am 22.03.2011, bei dem es sich um seinen Antrag zur Erhebung einer Sondergebühr für Gewerbebetriebe im Wülfing-Gelände handelt. Hiervon sollten nicht nur die Gewerbebetreibenden, wie in der Niederschrift aufgeführt, sondern insbesondere deren Eigentümer betroffen sein.

Der Rat der Stadt nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

7. Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet von dem ersten Teil der Feierlichkeiten zum dreißigjährigen Partnerschaftsjubiläum mit der französischen Partnerstadt Châteaubriant, die vom 10.06. - 12.06.2011 bei uns stattgefunden haben. Dieses Ereignis wurde ebenfalls dazu genutzt, einige Vertreter aus der zweiten Partnerstadt Nowy Targ einzuladen. Alle Beteiligten haben sich in Radevormwald sehr wohl gefühlt. Der Bürgermeister bedankt sich bei allen, die zum Erfolg der Feier maßgeblich beigetragen haben. Der zweite Teil der Feierlichkeiten findet im Oktober in Châteaubriant statt.

8. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

9. Einstellung der Aktivitäten des Integrationsrates (Antrag der pro NRW Fraktion vom 07.04.2011) AN/0030/2011

Der Bürgermeister erklärt, dass es für eine geheime Abstimmung, wie sie in dem Antrag von der Fraktion pro NRW beantragt wird, der Beantragung von mindestens 1/5 der Mitglieder des Rates bedarf. Dieses Quorum wird auf Anfrage des Bürgermeisters an die anwesenden Ratsmitglieder nicht erreicht. Bei einer namentlichen Abstimmung, die hilfsweise von der Fraktion pro NRW beantragt wurde, genügt dagegen schon der Antrag eines einzelnen Ratsmitgliedes.

Daher erfolgt nun eine namentliche Abstimmung.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Radevormwald fordert den Integrationsrat auf, seine Aktivitäten ruhen zu lassen, so lange keine glaubhaften Willensbezeugungen der Mitglieder des Integrationsrates vorliegen, künftig an den Sitzungen teilzunehmen um wenigstens eine durchgehende Beschlußfähigkeit sicherzustellen.

	Ja	Nein	Enth.
Bartholomäus, Ingrid (CDU)		x	
Bleichert, Christof (FDP)		x	
Brand, Uschi (UWG)		x	
Busch, Dietmar (CDU)		x	
Ebbinghaus, Petra (AL)		x	
Ebbinghaus, Rolf (AL)		x	
Enneper, Horst (CDU)		x	
Fischer, Karl-Heinz (UWG)		x	
Graß, Detlef (SPD)		x	
Grüterich, Margot (SPD		x	
Haselhoff, Klaus (UWG		x	
Hoffmann, Bernd Eric (UWG)		x	
Kanter, Claus (FDP)		x	
Klee, Thomas (SPD		x	
Dr. Korsten, Josef (Bürgerm.)		x	
Krapp, Ralf-Udo (CDU)		x	
Lorenz, Thomas (CDU)		x	
Lunderstädt, Dietrich (CDU)		x	
Dr. Michalides, Axel (AL)		x	
Müller, Arnold (SPD)		x	
Nahrgang, Heide (SPD)		x	
Nowara, Werner (UWG)		x	
Pizzato, Annette (FDP)		x	
Plasberg-Keidel, Sabine (CDU)		x	
Dr. Rieger, Jörg (SPD)		x	
Röhlig, Rainer (FDP)		x	
Ronsdorf, Tobias (pro NRW)	x		
Schäfer, Rolf (CDU)		x	
Schlüter, Christoph(CDU)		x	
Schlüter, Sebastian (CDU)		x	
Schröder, Axel (FDP)		x	
Schulte, Rolf (CDU)		x	
Stark, Dietmar (SPD)		x	
Steinmüller, Klaus (UWG)		x	
Tissarek, Michael (FDP)		x	
Ullmann, Fritz (LINKE)		x	
Verhees, Annette (SPD)		x	
Viebach, Christian (CDU)		x	
Vogt, Alexander (pro NRW)	x		
Weber, Gudrun (SPD)		x	
Weiss, Harald (CDU)		x	

Der Antrag ist damit abgelehnt.

10. Verzicht auf Plakatierungshilfen durch den Betriebshof (Antrag der pro NRW Fraktion vom 07.04.2011) AN/0031/2011

Herr Ronsdorf erklärt ergänzend zu dem Antrag der Fraktion pro NRW, dass eine Ablehnung dieses Antrages sehr bedauerlich wäre, da durch den Verzicht auf die Plakatierungshilfen durch den Betriebshof, die Bürger nicht mehr mit den daraus resultierenden Kosten belastet werden.

Herr Ullmann entgegnet daraufhin, dass die bisherige Regelung der Ausführung dieser Arbeiten durch die städtischen Mitarbeiter des Betriebshofes in erster Linie dazu dient, eine übermäßige Plakatierung zu vermeiden.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, dass die Plakatierungshilfen für die Parteien (Plakatierung, Ständer) durch den Betriebshof bei künftigen Wahlen entfallen. Stattdessen wird den Parteien –analog unserer Nachbarstädte Wuppertal und Ennepetal- eine freie Plakatierung im Stadtgebiet erlaubt.

Abstimmungsergebnis:	2 Ja-Stimmen	(2 pro NRW)
	39 Nein-Stimmen	(13 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

11. Errichtung einer BMX-Anlage am Oberm Kümpel (Antrag der Fraktion pro NRW vom 12.04.2011) AN/0033/2011

Herr Ronsdorf teilt mit, dass erst auf Nachfrage der Fraktion pro NRW Bewegung in die Sache kam. Unter kritischer Beobachtung der weiteren Entwicklungen dieser Angelegenheit, zieht pro NRW den Antrag für diese Sitzung zurück.

12. Verbot der Ganzkörperverschleierung der öffentlich Bediensteten der Stadt Radevormwald (Antrag der Fraktion pro NRW vom 02.05.2011) AN/0034/2011

Herr Vogt ist sich im Klaren darüber, dass es bisher noch nicht zu einem Fall von Ganzkörper-verschleierung bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung gekommen ist. Er warnt aber davor, dass es zukünftig nicht gänzlich auszuschließen ist. Mit dem Antrag der Fraktion pro NRW sollte vorbeugend reagiert werden.

Der Bürgermeister führt daraufhin aus, dass der Hauptausschuss dem Rat der Stadt Radevormwald empfiehlt, diese Angelegenheit in den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters gem. § 13 Abs.1 c der Geschäftsordnung zu übergeben. Nach § 62 GO übt der Bürgermeister das Hausrecht, das die Kleiderordnung der öffentlichen Bediensteten einschließt, im Rat-

haus aus. Es ist dem Rat der Stadt auch nicht möglich, dem Bürgermeister dieses Recht zu entziehen.

Herr Ebbinghaus ist der Ansicht, dass dieser Antrag von der Tagesordnung hätte abgesetzt werden müssen, da der Rat der Stadt keinerlei Befugnisse hat, über diesen Antrag zu beraten oder zu entscheiden.

Der Bürgermeister weist Herrn Ebbinghaus darauf hin, dass er dies am Anfang der Sitzung hätte beantragen müssen. Er verdeutlicht, dass er gesetzlich dazu verpflichtet ist, jeden Antrag, den eine Fraktion stellt, in die Tagesordnung aufzunehmen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Radevormwald folgt dem Verweisungsantrag des Hauptausschusses, der die Zuständigkeit für diese Entscheidung dem Bürgermeister überträgt.

Abstimmungsergebnis:	39 Ja-Stimmen	(13 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)
	2 Nein-Stimmen	(2 pro NRW)

13. Elektrosmog durch Mobilfunksendeanlagen in Radevormwald (Antrag der AL-Fraktion vom 25.05.2011) AN/0035/2011

Herr Ebbinghaus berichtet über die Beweggründe die zur Antragsstellung geführt haben. Der Umweltausschuss des EU-Rates hat im Mai dieses Jahres eine Resolution verfasst, die eine europaweite Änderung der Mobilfunkpolitik fordert. Zudem hat die WHO (Weltgesundheitsorganisation) Mitte dieses Jahres die Handystrahlungen in die Kategorie eingestuft, der ein erhöhtes Krebsrisiko nachgesagt wird. Herr Ebbinghaus betont, dass dieser Antrag der Fraktion AL dazu dient, Informationen und Daten für eine genauere Untersuchung des Elektrosmogs durch Mobilfunkanlagen zu sammeln.

Der Bürgermeister erklärt, dass Herr Langenau dem Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr, die angeforderten Daten und aktuellen Werte bereits mitgeteilt hat. Zudem merkt der Bürgermeister an, dass die Vielzahl der Sendemasten auf dem Dach des Rathauses notwendig sind, um alle Bürger mit der Möglichkeit zur Mobilfunkkommunikation zu versorgen.

Herr Meskendahl geht auf die einzelnen Fragen des Antrages der Fraktion AL ein. Seit dem Jahr 1998 ist eine zusätzliche Sendeanlage auf dem Rathausdach dazugekommen. Auf Nachfrage bei dem Verbraucherservice der Bundesnetzagentur hat Herr Meskendahl in Erfahrung bringen können, dass bei Eintreten von Veränderungen, die durch die Netzbetreiber verursacht werden, sogenannte Standortbescheinigungen ausgestellt werden. Diese sind im Internet frei zugänglich und jederzeit abrufbar. Die Standortbescheinigung für die Mobilfunkanlage auf dem Dach des Rathauses stammt aus dem Jahr 2008. Die Standortbescheinigungen für die anderen beiden örtlichen Mobilfunklagen im Grafweg und Wintershaus wurden letztmalig im Mai 2010 bzw. im September 2009 ausgestellt. Nach Auffassung von Herrn Meskendahl ist von der Einhaltung der technischen und gesundheitlichen Anforderungen auszugehen, so lange die Bundesnetzagentur diese Bescheinigungen ausstellt. Da es für

alle Standorte in Radevormwald entsprechende Bescheinigungen gibt, muss davon ausgegangen werden, dass die Mobilfunkanlagen ordnungsgemäß betrieben werden. Die Stadt Radevormwald erzielt durch die Mobilfunkanlage auf dem Rathausdach jährliche Einnahmen in Höhe von 10.800 €. Der Vertrag mit Vodafone wurde 1992 eingegangen und der Vertrag mit o2 im Jahr 1999; Kündigungsmöglichkeiten bestehen nach einer vertraglich geregelten Mindestlaufzeit von 20 Jahren mit einer 12-monatigen Kündigungsfrist.

Nach Meinung von Herrn Viebach bedarf es aufgrund der Aktualität der Standortbescheinigungen keiner erneuten Überprüfung.

Auf Wunsch von Herrn Schröder sagt die Verwaltung zu, die aktuellen Messwerte der Niederschrift beizufügen.

Beschluss:
Der Rat beauftragt die Verwaltung, Messungen der Strahlenbelastung für die Standorte Grundschule Stadt, Rathaus (incl. der Belastung der Innenräume) und die angrenzende Wohnbebauung in Auftrag zu geben.

Abstimmungsergebnis:	6 Ja-Stimmen	(2 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos)
	30 Nein-Stimmen	(13 CDU, 9 SPD, 4 FDP, 3 UWG, 1 Bürgermeister)
	5 Enthaltungen	(2 FDP, 1 UWG, 2 pro NRW)

Da der Antrag a) mehrheitlich abgelehnt wurde, bedarf es keiner Abstimmung über den Antrag b), da es sich hierbei um einen Folgeantrag zu a) handelt.

14. Ratsinformationssystem (Antrag der AL Fraktion vom 13.06.2011) AN/0039/2011

Frau Schmidt berichtet von der Einführung des Ratsinformationssystems seit Anfang dieses Jahres. Es ist mittlerweile möglich über dieses Programm Einladungen, Niederschriften, Verwaltungsvorlagen und die Abrechnung der Sitzungsgelder zu erstellen. Nach Auskunft von Frau Schmidt ist man zurzeit dabei, die fehlenden Grunddaten einzupflegen und diese nach öffentlichen bzw. nicht öffentlichen Daten zu sortieren. Es ist vorgesehen, das Ratsinformationssystem nach den Schulsommerferien für das Internet freizugeben. Während in der freizugänglichen Internetversion des Ratsinformationssystems alle öffentlichen Daten einsehbar sein sollen, wird jedes Ratsmitglied für den nichtöffentlichen Bereich eine eigene Kennung erhalten. Zukünftig soll dann über dieses Programm der Sitzungskalender sowie die jeweiligen Ausschussbesetzungen zur Einsicht bereitstehen. Die Nachverfolgung einzelner Tagesordnungspunkte soll dann ebenfalls möglich sein. Des Weiteren wird es in dem neuen Programm die gewünschte Such-Funktion geben.

Herr Müller erinnert an die Bitte, die Ratsvorlagen durchzunummerieren und fragt an, ob dies grundsätzlich möglich ist.

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich hierbei um eine Druckeinstellung handelt und nicht das Ratsinformationssystem selbst betrifft. Er versichert, dass versucht wird, dieser Bitte künftig nachzukommen.

Auch Nachfrage von Herrn Ebbinghaus, ob es nur vorgesehen ist die Daten aus dem laufenden Jahr einzupflegen oder ob auch beabsichtigt wird, dass ältere Daten einsehbar sind, erklärt Frau Schmidt, dass nur geplant ist, die Daten dieses Jahres in das Ratsinformationssystem aufzunehmen, da die manuelle Eingabe der älteren Daten einen enormen Arbeitsaufwand verursachen würde.

Der Bürgermeister verdeutlicht auf die Frage von Herrn Ullmann, ob es zumindest möglich wäre, die Daten der aktuellen Wahlperiode in das System aufzunehmen, dass dies auch einen zu hohen Aufwand im Verhältnis zum Nutzen darstellt. Er macht noch einmal deutlich, dass alle Daten ab dem 01.01.2011 erfasst wurden.

15. Resolution zur Aufhebung der Verpflichtung zur Dichtigkeitsprüfung privater Abwasseranlagen (Antrag der AL Fraktion vom 15.06.2011) **AN/0041/2011**

Herr Ebbinghaus erläutert den hierzu vorliegenden Antrag der AL-Fraktion.

Herr Viebach erklärt, dass die anwesende CDU-Fraktion diesem Resolutionsantrag komplett zustimmen wird. Er betont, dass auch von seitens der CDU-Fraktion mehrere Anträge in den Fachausschüssen zu dieser Thematik gestellt worden sind. Zudem begrüßt er es, dass neue Möglichkeiten der Dichtheitsprüfung angeboten werden sollen, die sich zurzeit auf Landesebene im Gesetzgebungsverfahren befinden. Nach Meinung von Herrn Viebach dürfen die Bürger nicht weiter zur Kasse gebeten werden.

Herr Stark merkt an, dass derzeit neue Möglichkeiten zur Durchführung dieser Prüfung untersucht werden. Er ist ebenfalls der Auffassung, dass die angesprochene Dichtheitsprüfung nicht nur private Haushalte betrifft, sondern auch Gewerbebetreibende. Dadurch läuft der Resolutionsantrag der AL-Fraktion ins Leere. Entgegen dem vorliegenden Antrag, sollte man aufgrund der derzeitigen Prüfung neuer Möglichkeiten zur Durchführung der Dichtheitsprüfung, die Landesregierung unterstützen.

Herr Haselhoff teilt mit, dass die UWG-Fraktion diesem Resolutionsantrag zustimmen wird, da es wichtig ist, weitere Kosten für die Bürger zu verhindern.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, die Landesregierung und den Landtag Nordrhein-Westfalen aufzufordern, die Pflicht zur Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gem. § 61 LWG aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:	30 Ja-Stimmen	(13 CDU, 5 FDP, 6 UWG, 3 AL, 2 pro NRW, 1 fraktionslos)
	8 Nein-Stimmen	(8 SPD)
	3 Enthaltungen	(1 SPD, 1 FDP, 1 Bürgermeister)

16. Auch kleine Städte müssen sich für große Werte einsetzen: Radevormwald wird Stadt für das Leben (Antrag von Herrn Ullmann vom 15.06.2011) **AN/0040/2011**

Der Bürgermeister berichtet, dass der Antrag von Herrn Ullmann zu diesem Tagesordnungspunkt durch einen Antrag der Fraktion pro NRW ergänzt worden ist.

Nach Ansicht von Herrn Haselhoff ist der Antrag des Herrn Ullmann, nach dem sich die Stadt Radevormwald dem Bündnis „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ anschließen soll, überflüssig. Es bedauert es zwar sehr, dass es immer noch viele Staaten gibt, die die Todesstrafe betreiben, betont jedoch, dass diese in Deutschland schon seit langer Zeit abgeschafft worden ist und dies auch im Grundgesetz verankert ist. Da es bei dieser Problematik nicht direkt um eine Angelegenheit der Kommunalpolitik handelt, schlägt Herr Haselhoff vor, diesem Antrag, sowie dem Antrag der Fraktion pro NRW, nicht zu entsprechen.

Herr Ullmann geht auf den Beitrag des Herrn Haselhoff ein und entgegnet, dass es sich seiner Meinung nach doch um eine kommunalpolitische Angelegenheit handelt, denn auch kleinere Gemeinden müssen sich für die Werte der Gemeinschaft, insbesondere für die Menschenrechte vor Ort einsetzen. Er berichtet von ähnlichen Resolutionsanträgen, denen in der Bundesrepublik entsprochen worden ist und von der großen Resonanz, die dieses Bündnis bisher weltweit erfahren hat.

Es erfolgt zunächst die Abstimmung über den Antrag des Herrn Ullmann. Danach wird über den Antrag der Fraktion pro NRW abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Stadt Radevormwald tritt dem Bündnis „Städte für das Leben – Städte gegen die Todes-strafe“ („Cities of Life“ der Comunità di Saint’Egidio) bei.

2. Die Stadt Radevormwald beteiligt sich mit einer entsprechenden Aktion am nächsten Aktionstag des Bündnisses, voraussichtlich im November dieses Jahres.

3. Die Stadt Radevormwald schließt sich der Kritik von Amnesty International und anderen an dem Verfahren gegen den US-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal an.

4. Der Rat der Stadt Radevormwald tritt mit vorliegender Resolution gegen die Todesstrafe und ihre Vollstreckung an dem Journalisten Mumia Abu-Jamal ein.

Abstimmungsergebnis:	4 Ja-Stimmen	(3 AL, 1 fraktionslos)
	37 Nein-Stimmen	(13 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 pro NRW, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt, dass er anstatt dem Bündnis „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“, der internationalen Vereinigung „Städte gegen Islamisierung (Cities against islamisation)“ beitritt, um ein Zeichen gegen die Entfremdung unserer Heimat zu setzen.

Abstimmungsergebnis:	2 Ja-Stimmen	(2 pro NRW)
	39 Nein-Stimmen	(13 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

17. Einführung eines Schülertickets BV/0224/2011

Frau Butz berichtet über die geplanten Änderungen zum Schülerticket.

Herr Lorenz teilt mit, dass in dem Schulausschuss schon seit längerer Zeit Beratungen und Gespräche bezüglich der Schülerbusfahrten stattgefunden haben. Anfang des Jahres berichtete ein Vertreter der OVAG im Schulausschuss über die wahrscheinlich eintretenden Änderungen. Da zu dieser Zeit noch keine abschließende Entscheidung ergangen war, wurde die Verwaltung beauftragt den Vertrag mit dem Verkehrsunternehmen auszuhandeln. Der Vertrag konnte aufgrund der Dringlichkeit, da zu Anfang des kommenden Schuljahres eine Lösung gefunden werden muss, nicht mehr im Schulausschuss vorberaten werden. Herr Lorenz weist darauf hin, dass bei einem Zustandekommen dieses Vertrages, alle freifahrtberechtigten Schüler, die im Linieverkehr fahren, dazu verpflichtet sind, dieses Ticket mit einem Eigenanteil zu erwerben. Es ist ärgerlich, dass Schüler, die im Schülerspezialverkehr unterwegs sind, nun 12 € anstatt 6 € zahlen müssen und keine Ermäßigungen für Geschwister erhalten. Über diesen Punkt wurde eingehend mit der OVAG verhandelt. Hier besteht jedoch seitens der OVAG zurzeit kein Verhandlungsspielraum. Es werden aber Nachverhandlungen diesbezüglich angestrebt.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Michalides, erklärt Frau Butz, dass der Vertrag grundsätzlich im Schulausschuss intensiv vorberaten worden ist. Jedoch war es bei einigen speziellen Bedingungen, die mit der Lage der Stadt Radevormwald zusammenhängen, nicht möglich, diese abschließend im Fachausschuss zu beraten. Frau Butz teilt mit, dass der Vertrag schon optimiert worden ist und weitere Nachverhandlungen nicht möglich sind, da der Vertrag auf Tarifbestimmungen beruht, die nicht ohne weiteres außer Kraft oder geändert werden können.

Frau Ebbinghaus merkt an, dass der eigentliche Ansatz der Verhandlungen über die Einführung eines neuen Systems für die Schülerbusfahrten eigentlich der war, den Schülerspezialverkehr komplett aufzulösen und einen Linienverkehr zu bilden, der von allen Bürgern mitgenutzt werden kann. Des Weiteren wird von Frau Ebbinghaus angefragt, ob die Fahrstrecken des Schülerspezialverkehrs beibehalten werden und sich die Kosten für die Stadt Radevormwald durch diesen neuen Vertrag ändern.

Frau Butz erläutert daraufhin, dass die Öffnung des Schülerspezialverkehrs für die Nutzung durch Bürger bereits in dem Fachausschuss mit Vertretern des Verkehrsunternehmens eingehend erörtert worden ist und man diesen Ansatz daraufhin verworfen hat. Veränderungen

von Fahrstrecken sind zurzeit nicht vorgesehen; diese werden jedes Jahr neu überprüft. Die Kosten der Stadt Radevormwald werden sich durch den neuen Vertrag nicht ändern.

Herr Ebbinghaus ist sehr verwundert, dass so viel Zeit für das Aufsetzen dieses Vertrags benötigt worden ist. Darüber hinaus, ist seiner Ansicht nach der Vertrag nicht klar genug formuliert.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Vertrag zur Einführung des Schüler-Tickets zum Schuljahr 2011/2012 mit den VRS-Partnerunternehmen abzuschließen.

2. Der Rat der Stadt beschließt die Einführung eines Eigenanteils für die Nutzung von Schüler-Tickets entsprechend der vorgegebenen Preistafel zu den Tarifbestimmungen (Anlage 1)

3. Die Verwaltung wird beauftragt, bei Einführung eines ÜT-Tickets die notwendigen Verträge abzuschließen und stimmt einer Änderung des Eigenanteils zu.

Abstimmungsergebnis:	37 Ja-Stimmen	(13 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 1 pro NRW, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)
	3 Nein-Stimmen	(3 AL)

Herr Ronsdorf ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

18. Zusammenlegung der GGS Bergerhof und GGS Wupper zur Verbundschule GGS Bergerhof-Wupper BV/0223/2011

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage. Der Beschluss über die Einrichtung einer Verbundschule ist kurzfristig notwendig, damit die zuständige Schulrätin organisatorisch und vor allem pädagogisch die Zusammenführung der beiden Schulen in Zusammenarbeit mit den beiden Schulleitungen angehen kann. Die Zusammenlegung soll bereits zum nächsten Schuljahr 2012/2013 erfolgen.

Nach Auffassung von Frau Ebbinghaus wäre es für den Zusammenschluss der beiden Grundschulen förderlich gewesen, wenn vor der heutigen Beschlussfassung ein entsprechendes Konzept im Schulausschuss ausführlich vorgestellt und beraten worden wäre.

Der Bürgermeister entgegnet, dass in diesem Fall die Schulen die handelnden Institutionen sind, da bei der Zusammenführung vor allem pädagogische Arbeit zu leisten ist. Die Verwaltung ist hier nur am Rande betroffen, versucht aber die Schulen weitestgehend in ihrem Vorhaben zu unterstützen.

Herr Ebbinghaus kritisiert die Vorlage der Verwaltung insoweit, als dass es an Ausführungen fehlt, die auf die Entwicklung der Schülerzahlen hinweisen. Der Anstoß einer solchen Zusammenführung darf nicht daraus entstehen, dass ein Schulleiter in Pension geht. Trotz der

schon stattfindenden Zusammenarbeit der beiden Schulen, sorgt sich Herr Ebbinghaus um die Infrastruktur der Wupperorte. Eine Zusammenführung sollte seiner Meinung nach nur dann erfolgen werden, wenn es keine andere Lösung gibt.

Beschluss:
Die Grundschulen GGS Bergerhof und GGS Wupper werden zu Beginn des Schuljahres 2012/2013 zur Verbundsschule GGS Bergerhof-Wupper unter Beibehaltung beider derzeitiger Schulstandorte zusammengeführt.

Abstimmungsergebnis:	36 Ja-Stimmen	(13 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 1 pro NRW, 1 Bürgermeister)
	3 Nein-Stimmen	(3 AL)

Herr Ronsdorf, sowie Herr Ullmann sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

19. Neufassung der Friedhofssatzung BV/0217/2011

Herr Nowara spricht seine Verwunderung darüber aus, dass es lediglich in Radevormwald üblich ist, die Gräber bei der Baumbestattung vollkommen anonym zu halten. In anderen Städten existieren Grabstehlen oder kleine Tafeln, auf denen die Bestatteten zumindest namentlich erwähnt werden.

Herr Klein erläutert, dass es seitens der Stadtverwaltung beabsichtigt ist, die Baumgrabstätten ebenfalls mit Stehlen zu versehen, damit die dort bestatteten Personen kenntlich gemacht werden. Eine abschließende Entscheidung über die Art und Weise steht jedoch noch aus.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt die beiliegende Neufassung der Friedhofssatzung für den Kommunalfriedhof.

Abstimmungsergebnis:	39 Ja-Stimmen	(13 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 pro NRW, 1 Bürgermeister)
	1 Nein-Stimme	(1 fraktionslos)

Herr Ronsdorf ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

20. 1. Änderung der Friedhofsgebührensatzung BV/0215/2011/1

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt die beiliegende 1. Änderung der Friedhofsgebührensatzung vom 01.01.2006 für den Kommunalfriedhof.

Abstimmungsergebnis:	39 Ja-Stimmen	(13 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 pro NRW, 1 Bürgermeister)
	1 Nein-Stimme	(1 fraktionslos)

Herr Ronsdorf ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

21. Wiederbesetzung der Beigeordnetenstelle BV/0227/2011

Der Bürgermeister verweist auf die Verfügung des Oberbergischen Kreises und teilt mit, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein nachträglicher Antrag der Fraktion proNRW gestellt wurde, der darauf zielt, die Beigeordnetenstelle nicht wieder zu besetzen.

In einer kurzen Zusammenfassung der Verfügung, erläutert der Bürgermeister, dass es für eine Stadt grundsätzlich zwei Möglichkeiten gibt, den allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters zu bestellen. Zum einen in der bisher praktizierten Form, nämlich durch einen kommunalen Wahlbeamten, der dann die Bezeichnung „Beigeordneter“ führt. Eine andere Möglichkeit besteht darin, einen Lebenszeitbeamten als allgemeinen Vertreter für den Bürgermeister durch den Rat zu bestimmen. Aufgrund der kritischen Haushaltslage der Stadt Radevormwald hält die Kommunalaufsicht eine ausdrückliche Entscheidung des Rates zur Beibehaltung der Beigeordnetenstelle für erforderlich.

Beschluss:
Der Rat der Stadt erachtet, unter Würdigung der in der beigefügten Verfügung des Landrates dargestellten Gesamtumstände, die Wiederbesetzung der bisherigen Beigeordnetenstelle als allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters als zwingend notwendig.

Abstimmungsergebnis:	38 Ja-Stimmen	(13 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 Bürgermeister)
	1 Nein-Stimme	(1 pro NRW)

Herr Ronsdorf, sowie Herr Ullmann sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

Aufgrund der Mehrheit für den Beschlussentwurf der Verwaltung, wird auf die Abstimmung über den Antrag der Fraktion pro NRW verzichtet.

22. Maßnahmen gegen rechtsextremistische Aktivitäten IV/0142/2011

Der Bürgermeister berichtet von der gewünschten Kontaktaufnahme mit der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln. Bislang wurden mehrere Angebote der Beratungsstelle angenommen. So wurde das komplette Bildungsprogramm, das von dieser Stelle kostenfrei zur Verfügung gestellt wird, an die Schulen in Radevormwald weitergeleitet. Den jeweiligen Schulleitern wurden diese Angebote sehr ans Herz gelegt, da vor allem in den Schulen vorbeugend gegen rechtsextremistische Ausschreitungen hingewirkt werden muss. Des Weiteren wurde vereinbart, dass die mobile Beratungsstelle, der Stadtverwaltung bei der Vorbereitung und der Durchführung von städtischen Veranstaltungen beratend und unterstützend zur Seite steht. Zusätzlich soll der neue Leiter bzw. die neue Leiterin des Jugendzentrums „Life“ fort- und weitergebildet werden, um bei entsprechenden Vorkommnissen schnell und richtig reagieren zu können. Es sollen außerdem aufklärende Veranstaltungen für Eltern und Jugendliche in dem Familienzentrum „Auf der Brede“ stattfinden, wo diese sich ausreichend Informationen und Unterstützung holen können. Für Personengruppen, die im besonderen Verhältnis zu Jugendlichen stehen, wie z.B. Lehrer, Trainer, Jugendgruppenleiter etc. sollen ebenfalls Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten werden. Der Bürgermeister betont, dass alle Angebote der mobilen Beratungsstelle kostenfrei sind.

Frau Ebbinghaus zeigt sich sehr erfreut über die zukünftige Zusammenarbeit mit der mobilen Beratungsstelle. Sie bittet darum, dass die Unterlagen, die der Bürgermeister an die Schulen und sonstigen Organisationen weitergeleitet hat, an die Fraktionen zur Ergänzung weiterzuleiten.

23. Besetzung von Ausschüssen BV/0229/2011

Beschluss:
Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der UWG-Fraktion Herrn Alfred Basler als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Soziales, Sport und Tourismus für Frau Marina Müller.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:
Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der AL-Fraktion Frau Michaela Strukmeier als sachkundige Bürgerin des Ausschusses für Schule und Kultur für Herrn Manuel Schaub.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

24. Über- u. außerplanmäßige Ausgaben IV/0147/2011

Frau Gottlieb erklärt auf Nachfrage von Herrn Schröder, dass es sich bei der Position „Kosten FAMOS“ in der Auflistung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben um eine Software zur Bewirtschaftung der Gebäude handelt, die derzeit eingeführt wird. Diese Ausgabe ist Ausfluss des Shared-Services-Prozesses. Die Auswahl sowie Anschaffung als auch Schulung und späterer Modulzukauf ist bzw. wird gemeinsam mit dem „neuen Regionalen Gebäudemanagement“ erfolgt bzw. erfolgen. Frau Gottlieb berichtet, dass die Civitec den Echtbetrieb derzeit vorbereitet. Wenn die Grundlagen erfasst sind, sollen zu den bereits gekauften Modulen (u.a. Flächenmanagement, Kostenverwaltung, Rechnungsverwaltung) noch die Module Reinigungsmanagement, Energiemanagement/Verbrauchsdatenerfassung sowie Schlüsselmanagement angeschafft werden. Über darüber hinausgehende Module soll erst später noch beraten werden.

25. Mitteilungen und Fragen AF/0002/2011

Der Bürgermeister erklärt, dass zwei Anfragen der Fraktion pro NRW zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen.

a) In der ersten Anfrage geht es um die derzeitige Situation auf den Radevormwalder Spielplätzen im Zusammenhang mit dort verursachten Sachbeschädigungen. Frau Butz bedauert den geschilderten Vorfall mit der zerstörten Hängematte sehr und erläutert, dass für diese Sachbeschädigung bisher noch niemand zur Verantwortung gezogen werden konnte. Der zweite geschilderte Vorfall aus dem Antrag ist weder den Mitarbeitern der Stadt noch den Mitarbeitern der Polizei und der Feuerwehr bekannt. Sie wundert sich, warum der Unterzeichner des Antrages, der ja selbst Zeuge war, keine entsprechende Anzeige getätigt hat.

Des Weiteren geht Frau Butz auf die in der Anfrage gestellten Fragen ein. Sie erklärt, dass zur Einhaltung der Ordnung auf den Radevormwalder Spielplätzen entsprechende Nutzungsordnungen existieren und dies in der Regel völlig ausreichend ist. Bei konkret vorliegenden Beschwerden, wird diesen durch die Ordnungsbehörde in Kooperation mit der Polizei nachgegangen. Es ist jedoch nicht möglich, eine permanente Überwachung aller Spielplätze zu gewährleisten. Somit ist es nicht vollkommen auszuschließen, dass die Spielplätze ausschließlich altersgerecht genutzt werden. Zudem werden Verstöße, bei denen es sich meist um solche gegen die Nutzungszeiten, aber auch um Alkoholkonsum auf dem Spielplatz handelt, im Rahmen von Ordnungswidrigkeiten verfolgt.

b) In der zweiten Anfrage der Fraktion pro NRW, geht es um Informationen zur Vereinigung „Runder Tisch gegen Rechts“. Hierzu erklärt der Bürgermeister, dass es sich nicht um eine Institution des Rates oder der Verwaltung handelt, sondern um einen Zusammenschluss engagierter Bürger, die sich gegen rechtsextremistische Tendenzen in Radevormwald einsetzen. Die Teilnahme am „Runden Tisch“ erfolgt freiwillig. Der Bürgmeister gibt an, dass er, neben dem stellvertretenden Bürgermeister, Herrn Enneper, diesem Zusammenanschluss angehört.

Bei der anschließenden Beantwortung der gestellten Fragen erläutert der Bürgermeister, dass der „Runde Tisch gegen Rechts“ nicht mit Mitteln aus dem Haushalt der Stadt Radevormwald gefördert wird. Er führt aus, dass dieser Vereinigung in gleicher Weise städtische Räumlichkeiten zur kostenfreien Nutzung überlassen werden, wie allen anderen Radevormwalder Vereinen, Organisationen und sonstigen Gruppierungen. Dies geht auf einen Ratsbeschluss des Rates der Stadt zurück; daher findet auch keine fiktive Berechnung der Kosten

statt. Zudem wird städtisches Personal im gleichen Rahmen mit Aufgaben betraut, die den „Runden Tisch“ betreffen, wie bei allen anderen Vereinen. Auch hier ist eine gesonderte Ermittlung der Personalkosten nicht möglich, da diese nicht für jede Veranstaltung einzeln aufgeführt werden. Der Bürgermeister weist weiterhin darauf hin, dass die Stadt Radevormwald nicht Organisator des „Runden Tisches“ ist und nicht zuständig dafür ist, die teilnehmenden Personen im Hinblick auf verschiedene Kriterien zu beurteilen. Er ist nicht der Ansicht, dass die Außenwirkung unserer Stadt bezüglich den Aktivitäten des „Runden Tisches“ leiden. Vielmehr scheint es, dass die Außenwirkung Radevormwalds durch die Aktivitäten derer, mit denen sich der „Runde Tisch“ beschäftigt, negativ geprägt ist.

Ende öffentlicher Teil: 18.35 Uhr

Dr. Josef Korsten
Vorsitzender

Vanessa Jager
Schriftführer